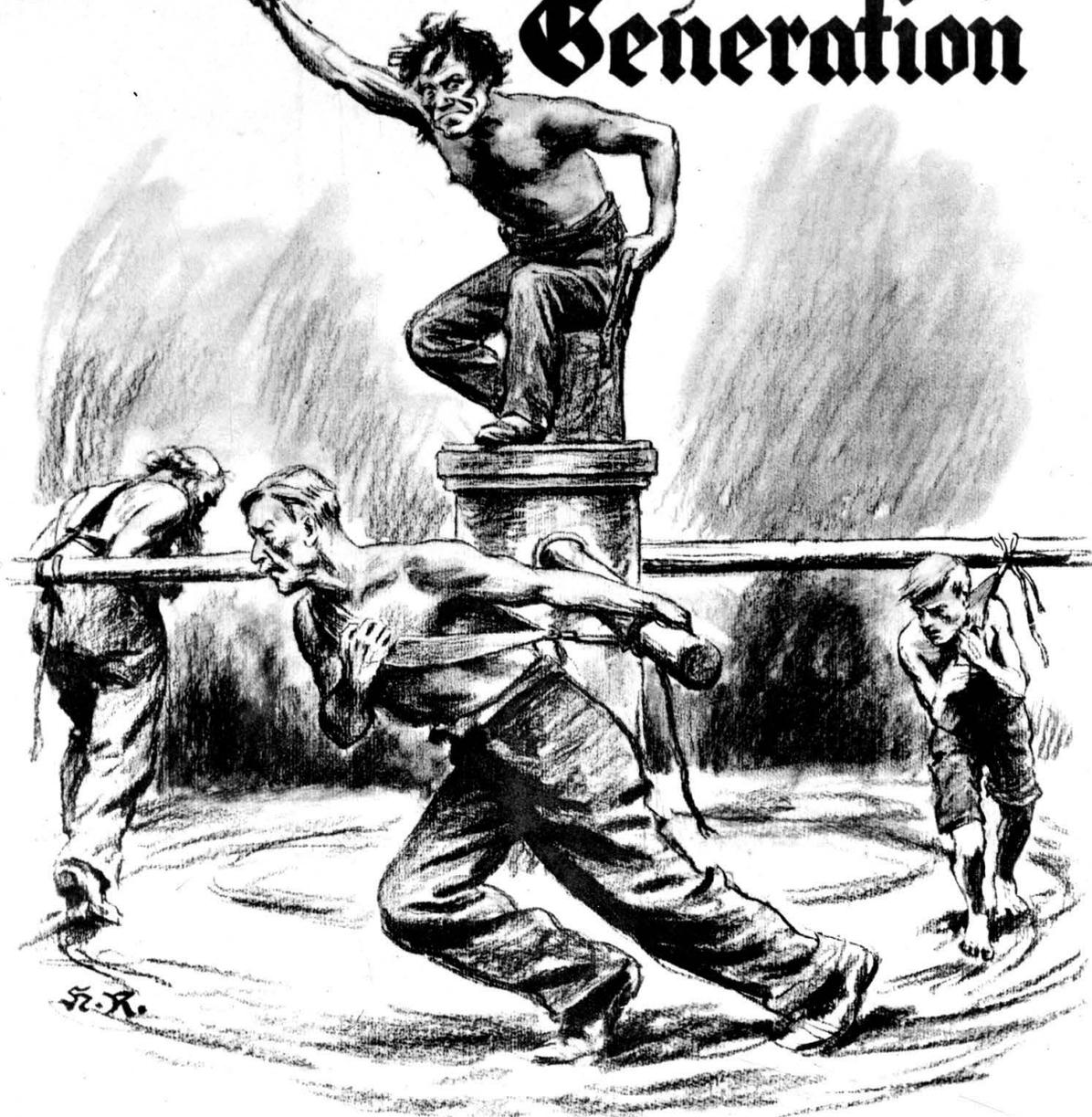


# 1929

## Bis in die dritte Generation



# müßt ihr fronen!



Volksbegehren in .....  
vom 16. 10. bis 29. 10. 1929

Druck von Gutenberg-Druckerei G. m. b. H., Berlin S 42 / Nr. II. Reichsausschuss für das Deutsche Volksbegehren, J. v. Egan-Frieger, Berlin NW 40

„Bis in die dritte Generation müßt ihr fronen!“, Plakat zum Volksbegehren gegen den Young-Plan, Berlin, 1929

# 1929

## Reparationen, Young-Plan und „Kriegsschuld“

Nach dem Ersten Weltkrieg wurden Deutschland aufgrund des Versailler Vertrags Reparationen auferlegt, die der Begleichung der Kriegsschäden in den alliierten Ländern dienen sollten. Der Young-Plan war der letzte einer Reihe von Zahlungsplänen für die Reparationen. Er wurde 1928 ausgearbeitet und trat am 17. Mai 1930 in Kraft. Festgesetzt waren durchschnittlich zwei Milliarden Reichsmark als jährliche Zahlung.

Die finanziellen Belastungen der Reparationen überstiegen die Leistungsfähigkeit der deutschen Volkswirtschaft bei Weitem. Reichskanzler Heinrich Brüning wollte die Wirtschaftskrise nutzen, um durch die Zahlungsunfähigkeit Deutschlands eine endgültige Streichung aller Reparationen zu bewirken. „Die Situation der deutschen Finanzen und Wirtschaft stehen klar vor den Augen der Welt. Das ist die seltsamste Waffe, über welche die Verwaltung verfügen kann“, äußerte er im Herbst 1931.

Der „Reichsausschuss für das Volksbegehren gegen den Young-Plan“ begann schon ab Oktober 1929, mit Flugblättern und Plakaten in Deutschland Stimmung gegen den Young-Plan zu machen. Die rechten Parteien DNVP und NSDAP initiierten das Volksbegehren und führten das Argument der „Lüge von der deutschen Kriegsschuld“ ins Feld, um ein Ende der finanziellen „Versklavung“ zu fordern. Das Plakat suggeriert, die deutschen Politiker selbst hätten nach dem verlorenen Weltkrieg die kommenden Generationen verschuldet. Der Young-Plan sollte ursprünglich bis 1988 gelten. Aufgrund der Weltwirtschaftskrise wurde er aber im Juli 1932 von der Konferenz von Lausanne aufgehoben.

# 1929

---

## **Reichskanzler Heinrich Brüning erläutert seine Spar- und Deflationspolitik vor den vereinigten Ausschüssen des Reichsrates, 13. August 1931**

„Man braucht Zeit für diese Erkenntnis, und die Politik der Reichsregierung, keine populäre Politik zu machen, hat absolute Bestätigung gefunden. Wir mussten die Initiative den anderen zuschieben; die letzten Ereignisse haben sicher den Gutwilligen klargemacht, daß wir bei eigener Initiative einen politischen Block bekommen hätten, der eine andere Reichsregierung zur Folge gehabt hätte. Es bleibt nichts anderes übrig, um wieder Kredit zu bekommen, als der Welt zu zeigen, was wir leisten können. Die Gefahr, daß daraus hinsichtlich der Reparationen in positiver Hinsicht Schlüsse gezogen werden können, ist nicht mehr groß. Es muss der letzte Schleier von Deutschland weggezogen werden und die Dinge ganz offen so dargestellt werden, wie sie sind.“